

Solidarpakt III: Weiter sparen heißt schließen

Stand der Verhandlungen mit dem Land gibt Anlass zur Sorge – Aktionstag der neun Landesuniversitäten am 21. Mai – KIT lädt Medien und Öffentlichkeit ein



Monika Landgraf
Pressesprecherin

Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe
Tel.: +49 721 608-47414
Fax: +49 721 608-43658
E-Mail: presse@kit.edu

Landesweiter Aktionstag der Universitäten in Baden-Württemberg (Bild: LRK)

Die Universitäten in Baden-Württemberg verhandeln seit über einem Jahr mit dem Finanz- und dem Wissenschaftsministerium über einen neuen Solidarpakt, der die Hochschulfinanzierung ab Januar 2015 bis zum Jahr 2020 regeln soll. Das Land hat bis jetzt aber noch keine konkreten Rahmenbedingungen bekannt gegeben. Auch auf Bundesebene fehlen klare Konzepte zur künftigen Hochschulfinanzierung. Sollte im Solidarpakt III keine deutliche Verbesserung der Grundfinanzierung erreicht werden, wird sich die prekäre finanzielle Lage der Universitäten in Baden-Württemberg weiter verschärfen. Auch am KIT wären einzelne Studiengänge und Serviceangebote von der Schließung bedroht.

Um die Folgen eines Sparkurses für die Universitäten und die Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg zu diskutieren, lädt das KIT Medien und Öffentlichkeit anlässlich des landesweiten Aktionstags der Universitäten ein:

**Aktionstag am Mittwoch, 21. Mai, von 11.30 bis 12.30 Uhr
KIT-Campus Süd, Ehrenhof, Eingang Kaiserstr. 12**

Das Programm:

11.30 – 11.45 Uhr: Prof. Holger Hanselka, Präsident des KIT: Eröffnung der Informationsveranstaltung „Weiter sparen heißt schließen – Unis in Not“

11.45 – 12.30 Uhr: Moderiertes Podiumsgespräch mit Prof. Alexander Wanner, Vizepräsident für Lehre und Akademische Angelegenheiten, Dr. Ulrich Breuer, Vizepräsident für Wirtschaft und Finanzen, Prof. Stefan Hinz, Dekan der Fakultät für Bauingenieur-, Geo- und Umweltwissenschaften, Frau Alexa Schnur, Stellv. Vorsitzende des AStA.

Die Universitäten des Landes inklusive Klinika leisten mit mehr als 1 Mrd. Euro den mit Abstand größten Beitrag zur Einwerbung von Drittmitteln aller Hochschulen in Baden-Württemberg. Damit holen die Landesuniversitäten mehr Bundesgelder nach Baden-Württemberg, als umgekehrt das Land Baden-Württemberg insgesamt für die Forschungsförderung des Bundes zahlt.

„Unter einem weiteren Sparkurs würde mittelfristig auch die Wirtschaftskraft in Baden-Württemberg leiden“, sagt der Präsident des KIT, Professor Holger Hanselka. „Denn jeder Euro, der netto in die Universitäten fließt, erhöht die Wertschöpfung im Land um 2,30 Euro.“ Dies führe eine Studie der Landesrektorenkonferenz deutlich vor Augen. So sicherte die durch die Landesuniversitäten bewirkte Bruttowertschöpfung von 3,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 insgesamt mehr als 63.000 Arbeitsplätze allein in Baden-Württemberg, betont Hanselka.

Obwohl die Studierendenzahlen seit 1998 um fast die Hälfte gestiegen sind, wurde die Grundfinanzierung der Universitäten in Baden-Württemberg kaum erhöht. Ihren Betrieb erhalten sie mit eingeworbenen Forschungsmitteln und aus Sonderprogrammen zur Erhöhung der Studienplatzkapazitäten aufrecht. Da zudem eine ausreichende Finanzierung für dringend erforderliche Sanierungen und Neubauten fehlt, müssen die Universitäten mittlerweile auch Gelder, die eigentlich der Forschung und Lehre zugute kommen sollten, für die Sanierung und die Instandhaltung der Gebäude einsetzen.

„Auch am KIT arbeiten wir am Limit“, sagt der KIT-Präsident. „Ohne eine solide, dem Leistungsspektrum angepasste Grundfinanzierung können wir die jetzigen Angebote in Forschung und Lehre nicht aufrechterhalten.“ So würde ein Einstellungsstopp die Betreuung der Studierenden verschlechtern, bestimmte Studiengänge und Dienstleistungen könnten nicht mehr angeboten werden.

Auch stünde ein Sparkurs bei den Universitäten im klaren Widerspruch zur Notwendigkeit, heute verstärkt in die Bildung zu investieren, um die Innovationskraft des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg bzw. der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Wettbewerb langfristig zu sichern, betont der KIT-Präsident.

Einer aktuellen Studie von CHE Consult, einer Ausgründung aus dem gemeinnützigen CHE Centrum für Hochschulentwicklung, zufolge, liegen die baden-württembergischen Universitäten im bundesweiten Vergleich bei der finanziellen Ausstattung lediglich nur noch im Mittelfeld. Zudem sind diese im internationalen Vergleich finanziell eher mäßig ausgestattet. Laut CHE-Studie wachsen die Universitäten anderer Bundesländer in wichtigen Leistungsbereichen inzwischen dynamischer als die baden-württembergischen.

Weitere Informationen zum Solidarpakt III finden Sie unter: <http://www.lrk-bw.de/aktuell/>

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach den Gesetzen des Landes Baden-Württemberg. Es nimmt sowohl die Mission einer Universität als auch die Mission eines nationalen Forschungszentrums in der Helmholtz-Gemeinschaft wahr. Thematische Schwerpunkte der Forschung sind Energie, natürliche und gebaute Umwelt sowie Gesellschaft und Technik, von fundamentalen Fragen bis zur Anwendung. Mit rund 9400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, darunter mehr als 6000 in Wissenschaft und Lehre, sowie 24 500 Studierenden ist das KIT eine der größten Forschungs- und Lehreinrichtungen Europas. Das KIT verfolgt seine Aufgaben im Wissensdreieck Forschung – Lehre – Innovation.

Diese Presseinformation ist im Internet abrufbar unter: www.kit.edu

Das Bild steht in druckfähiger Qualität auf www.kit.edu zum Download bereit und kann angefordert werden unter: presse@kit.edu oder +49 721 608-47414. Die Verwendung des Bildes ist ausschließlich in dem oben genannten Zusammenhang gestattet.